



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Mehrjährigen Finanzrahmen der EU zukunftsorientiert gestalten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf die Bundesregierung einzuwirken, damit diese

- ihre bisherige Blockadehaltung aufgibt und sich auf europäischer Ebene aktiv dafür einsetzt, dass sich das Gesamtvolumen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021 bis 2027 den vom Europaparlament vorgeschlagenen 1,3 Prozent des Bruttonationalinkommens der 27 EU-Staaten annähert,
- ihre bisherige Blockadehaltung aufgibt und sich auf europäischer Ebene aktiv für eine substanzielle Stärkung der Eigenmittel der EU, insbesondere durch eine wirkungsvolle CO<sub>2</sub>-Mindestbepreisung, einen gerechten Grenzausgleich, eine europaweite Plastikabgabe sowie europaweite Digitalsteuer einsetzt,
- sich gegen Kürzungen bei den Kohäsionsmitteln, insbesondere beim Programm Europäische Territoriale Zusammenarbeit (INTERREG), ausspricht,
- sich insbesondere für eine bessere finanzielle Ausstattung der Programme Horizont Europa sowie ERASMUS+ und eine nachhaltige Finanzierung des Green Deal einsetzt.

### **Begründung:**

Die europäischen Staats- und Regierungschefs sind bei den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU für den Zeitraum 2021 bis 2027 am 20./21.02.2020 ohne Ergebnis auseinandergegangen. Dies liegt nicht zuletzt auch an der Blockadehaltung der Bundesregierung, welche eine ausreichende Finanzausstattung und eine grundlegende Modernisierung des MFR der EU verhindert.

In seiner Regierungserklärung zu Europa vom 23.05.2019 forderte Ministerpräsident Dr. Markus Söder mehr europäisches Miteinander, insbesondere für die Bewältigung der Klimakrise, aber auch in Bereichen wie Wissenschaft und Innovation. Dieses wird sich jedoch nur dann auch nur annähernd umsetzen lassen, wenn die künftige finanzielle Ausstattung der EU substanziell steigt – aktuelle und plötzlich auftretende Herausforderungen wie die Corona-Pandemie mit ihren gesundheitlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen noch nicht mit inbegriffen.

Eine mögliche Lösung der Pattsituation in den MFR-Verhandlungen durch einen Ausbau der Eigenmittel der EU wird ebenfalls durch die Bundesregierung behindert. Die EU soll dort besteuern, wo sie eine faire Besteuerung besser sicherstellen kann als die Mitgliedstaaten. Dies betrifft insbesondere die Besteuerung von international tätigen

Unternehmen, deren Wertschöpfung häufig immateriell ist und sich keinem Land zuordnen lässt. Gleiches gilt für eine wirksame CO<sub>2</sub>-Mindestbepreisung zusammen mit einem CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich. Mit ihrer aktuellen Haltung verhindert die Bundesregierung eine für alle europäischen Unternehmen gleiche, faire und wirtschaftlich tragfähige wie klimaeffektive Regelung – auch dies im Gegensatz zur Forderung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder, dass die Frage der CO<sub>2</sub>-Bepreisung europäisch gelöst werden müsse.

Bayern profitiert bisher substanziell von Förderung durch die EU: Im Zeitraum 2014 bis 2020 hatte der Freistaat Mittel aus EFRE, ESF, ELER, Erasmus+ in Höhe von zusammen mehr als 2,4 Mrd. Euro sowie weitere erhebliche Mittel für Forschung unter Horizon2020 und drei INTERREG-Programme erhalten. Setzt sich eine Lösung auf Basis des letzten Kompromissvorschlags von 1,07 Prozent durch, drohen deutliche Kürzungen bei zahlreichen Programmen und es ist davon auszugehen, dass dies auch für Bayern herbe finanzielle Einbußen bedeuten wird. Bereits der Vorschlag der EU-Kommission mit einem Gesamtvolumen von 1,11 Prozent des EU-27 BNE sah bereits Kürzungen für den EFRE und Kohäsionsfonds (welcher auch die Mittel für ETZ/INTERREG umfasst) von 11,2 Prozent vor. Sollte sich die Bundesregierung mit ihrer Forderung von 1,0 Prozent durchsetzen, werden diese sogar noch drastischer ausfallen. Wo nicht gekürzt wird, wird der MFR deutlich hinter dem Möglichen und Nötigen zurückbleiben. Dies betrifft mit den Nachfolgeprogrammen für Horizon2020 sowie Erasmus+ auch Bereiche, in denen Ministerpräsident Dr. Markus Söder verstärkte Anstrengungen Europas gefordert hatte, unter anderem um den Rückstand Europas gegenüber China bei den Patentanmeldungen wieder umzukehren. Gleiches gilt für die Herausforderungen der Klimakrise: Um die vom Ministerpräsidenten explizit unterstützte Klimaneutralität in der EU bis 2050 zu erreichen und die EU zu einer echten „Klimaunion“ zu machen, braucht es eine adäquate Finanzierung des European Green Deal – ohne Rechenricks.

Die Bundesregierung hatte es sich in ihrem Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt, die EU finanziell zu stärken, damit diese ihre Aufgaben besser wahrnehmen könne und dafür insbesondere bei der Erstellung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens Sorge zu tragen. Da dies auch im unmittelbaren Interesse Bayerns läge, ist es nun geboten, dass die Staatsregierung ihren Einfluss in Berlin entsprechend geltend macht.